Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtsblatt

Tageblatt für Hohndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, Neudörfel, Ortmannsdorf, Mülsen St. Niclas, St. Jacob St. Micheln, Stangendorf, Thurm, Niedermülsen, Kuhschnappel und Tirschheim

Amtsblatt für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk

62. Jahrgang.

Nr 87. Verbreitetste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk — Mittwoch, den 17. April — Haupt-Insertionsorgan im Amtsgerichtsbezirk — 1912

Dieses Blatt erscheint täglich außer Sonn- und Festtags nachmittags für den folgenden Tag. — Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mk. 50 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mk. 75 Pfg Einzelne Nummern 10 Pfg. Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Zwickauer Str. Nr. 55, alle Kaiserlichen Postanstalten, Postboten, sowie die Austräger entgegen. Inserate werden die fünfgespaltene Grundzeile mit 10, für auswärtige Inseraten mit 15 Pfg. berechnet. Reklamezeile 30 Pfg. Im amtlichen Teile kostet die zweispaltige Zeile 30 Pfg. Fernsprech-Anschluß Nr. 7. Inseraten-Annahme täglich bis spätestens vormittags 10 Uhr. Telegramm-Adresse: Tageblatt.

Bekanntmachung.

Der Parkwärter Herr **Ehrhard Münch**, hier, hat künftig den Amtsnamen **„Stadtgärtner"** zu führen.

Lichtenstein, am 12. April 1912.

Der Stadtrat.

Das Wichtigste

* Der Kaiser wird nach den bisherigen Anordnungen am 13. und 14. Mai in Straßburg, am 15. Mai in Metz verweilen.

* Dem Reichstag sind die Wehrvorlagen, eine Denkschrift über die Deckung der Kosten und ein Gesetzentwurf über die Beseitigung des Branntweinkontingents zugegangen.

* Zum Gouverneur von Deutsch-Ostafrika ist der Direktor im Reichskolonialamt Dr. Schnee und zu dessen Nachfolger der bisherige Gouverneur Dr. Bleim bestimmt.

* In Wien verlobte sich Prinz Franz von Bayern mit der Prinzessin Isabella von Croy.

* In parlamentarischen Kreisen in Paris glaubt man, Delcassee werde der Nachfolger Brissons werden, um sich um die Präsidentschaft der Republik bewerben zu können.

* In den Weinbergen an der Mosel hat der Frost schweren Schaden angerichtet.

* In Harrington (Neu-Jersey) stürzte eine halb vollendete Kirche ein, wobei 300 Personen unter den Trümmern begraben wurden.

* An der nordamerikanischen Küste ist der englische Riesendampfer „Titanic" mit einem Eisberg zusammengestoßen und ist gesunken. Die Passagiere sollen gerettet worden sein.

* In der Umgebung von Loros (im Wilajet Danin wurden bei Wahlkrawallen eine Frau erschossen, fünf Männer schwer verwundet.

Zum Bergarbeiterstreik.

Dresden. Staatsminister Graf Vitzthum von Eckstädt empfing gestern im Ministerium des Innern eine Abordnung der streikenden Bergarbeiter, die dem Minister Bericht über die Lage im Streikgebiet erstatteten und ihn um seine Vermittlung bei den Werksverwaltungen baten. Der Minister sagte das auch nach Möglichkeit zu und erkundigte sich eingehend nach den Verhältnissen im Zwickauer und Oelsnitz-Lugauer Revier. An der Audienz nahmen auch Ministerialdirektor Geh. Rat Dr. Schelcher und mehrere Räte des Finanzministeriums teil. Die Verhandlungen nahmen längere Zeit in Anspruch. Am Mittwoch soll eine zweite Konferenz stattfinden und das Ergebnis am Donnerstag den Vertretern der Arbeiterschaft unterbreitet werden.

Von dem Bergbaulichen Verein für Zwickau und Lugau-Oelsnitz geht uns folgendes mit der Bitte um Veröffentlichung zu:

Die vierte Woche des Bergarbeiter-Ausstandes

ist nun zu Ende gegangen. Den Ausständigen ist bis jetzt ein Lohnverlust von gegen 850 000 Mark erwachsen. Rechnet man hiervon die Streikunterstützung auf 3 Wochen — denn für die erste Woche wird eine solche nicht gewährt — in Höhe von schätzungsweise je 100 000 Mark für die Woche ab, so verbleibt für den Streikenden eine Einbuße von ungefähr 550 000 Mark, die sich mit der weiteren Dauer des Streiks entsprechend vergrößern wird. Die Schädigung der Arbeiter wird aber hierdurch allein noch nicht erschöpft, die Folgen des Ausstandes werden sich noch auf lange Zeit fühlbar machen, denn die Ausnützung der günstigen Absatzmöglichkeit ist unterbunden, in die entstandenen Lücken sind Braunkohlen und Braunkohlenbriketts eingedrungen und werden dauernd den Absatz beschränken. Es ist weiter wahrscheinlich, und desto mehr, je länger der Streik dauert, daß nach seiner Beendigung ein großer Teil der Ausständigen nicht sofort wieder eingestellt werden kann; denn dann muß zunächst die Wiederherstellung der unbelegt gebliebenen Strecken und Abbaue in Angriff genommen werden, wobei nur eine beschränkte Arbeiterzahl Verwendung finden kann.

Und weshalb das Alles? Die Löhne hatten den Stand der guten Konjunktur von 1907-08 trotz ungünstigerer Geschäftsergebnisse der Werke überschritten. Die infolge der Trockenheit des vergangenen Sommers eingetretene Verteuerung der Lebensmittel ist ein Elementarereignis, das auch von anderen Ständen und Berufen ertragen werden muß, vor denen aber der Bergarbeiter die Möglichkeit voraus hat, in solchen Zeiten durch Mehrarbeit einen höheren Lohn verdienen zu können.

Statt dessen hat sich ein großer Teil der Bergarbeiter in einen aussichtslosen Ausstand gestürzt und nimmt unwiederbringliche Lohnverluste auf sich, die erst nach langer Zeit wieder verschmerzt sein werden.

Wer hat dabei den Vorteil? Doch nur die Führer, die ihrem Haß gegen Unternehmer und Kapital die Zügel schießen lassen können, deren Lebenselement Verhetzung und Verbitterung ist, und die auf diese Weise einen großen Feldzug für die Organisation tun wollen. Bereits jetzt fangen sie an, die Verantwortlichkeit von sich abzuwälzen, indem sie erklären, sie hätten den Streik nicht verhindern können, selbst wenn sie gewollt hätten.

Der Ausstand ist aber längst vorbereitet und beschlossen worden, ehe die Mehrzahl der Ausständigen nur eine Ahnung davon bekam. Nach § 2 des Streikreglements des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands haben bereits 6 Wochen vor Beginn des Ausstandes die Zahlstellenverwaltungen mit den Bezirksleitern die Forderungen festzustellen und den bei ihrer Verweigerung beabsichtigten Streik dem Vorstand anzumelden. Da die hierbei Beteiligten doch unmöglich so naiv sein konnten, anzunehmen, daß die eingereichten Forderungen ohne weiteres bewilligt würden, muß also bereits am 1. Februar der Streik beschlossen gewesen sein.

Erst dann begann die Agitation und war es, gestützt auf eine jederzeit ergebene Gefolgschaft, ein leichtes, die Gemüter soweit aufzureizen, daß die Abstimmung über den Beginn des Streiks im angestrebten Sinne ausfiel. In Wirklichkeit war diese Abstimmung nur eine Formsache zur Ablenkung der Verantwortlichkeit; die Verbandsleitung hatte den Ausstand beschlossen, die Mitglieder gehorchten. Dies hat sich mehrfach bei der Ueberreichung der Forderungen durch die Arbeiterausschüsse gezeigt, wo die Mitglieder sehr wohl nach den erhaltenen Aufklärungen einsahen, daß die Forderungen unberechtigt und unerfüllbar seien, aber erklärten, daß der Verband die Forderungen aufgestellt habe und sie nichts dagegen tun könnten.

Aus diesem Grunde hatte auch ein weiteres Verhandeln keinen Zweck, da es die Werke doch nur wieder mit den Beauftragten des Bergarbeiterverbandes ohne eigene Meinung zu tun haben würden, und weil in diesen Verhandlungen nur das wiederholt werden könnte, was in der Oeffentlichkeit gesagt worden ist. Die Allgemeinheit würde von diesen Verhandlungen doch nichts oder nur in entstellter Form erfahren, wie das bereits aus den in den sozialdemokratischen Blättern enthaltenen Berichten über die Verhandlungen mit den Arbeiterausschüssen zu ersehen war. An einer sachlichen Behandlung der Angelegenheit oder einer wirklichen Aufklärung der Arbeiter ist diesen Blättern ja nichts gelegen. Das hat sich auch in ihrem Verhalten gegenüber den Mitteilungen über die geschäftlichen Ergebnisse der Zwickauer Unternehmungen gezeigt, gegen die nichts eingewendet werden konnte und die deshalb in der Hauptsache mit Stillschweigen übergangen wurden.

Die Werksverwaltungen sind sich bewußt, ihren Arbeitern stets nach Möglichkeit entgegengekommen zu sein, und können deshalb weiter nichts tun, als abwarten, bis die Ausständigen zu der Einsicht kommen, von ihren Führern übel beraten zu sein.

Deutsches Reich.

Berlin. (Die Angriffe gegen den Kanzler.) Die rechtsnationalliberale „Braunschw. Landesztg." hält ihre kürzlich aufgestellten Behauptungen über das angeblich schlechte Verhältnis zwischen dem Reichskanzler und den „nachgeordneten Stellen" aufrecht. Das Blatt sagt: Unter dem jetzigen Kanzler habe bisher kein einziger aufrechter, tatkräftiger Mann fertig bekommen, seine Meinung durchzusetzen. Ueberall im Regierungskörper, im Reiche sowohl wie in Preußen, herrsche Erbitterung und Verärgerung. Wolle man noch immer den unglaublichen Tatbestand leugnen, daß wir im Herbst vergangenen Jahres zweimal unmittelbar vor dem Ausbruch des Krieges gestanden und daß die „nachgeordneten" militärischen Behörden keine Ahnung von der Bedrohlichkeit der Lage gehabt hätten? Habe man nicht das klägliche Machwerk des Marokkoabkommens zusammenzuflicken gesucht, ohne das Reichskolonialamt in gebührender Weise heranzuziehen? Habe man beim Ausbruch der chinesischen Revolution nicht im Auswärtigen Amte bezw. in dem Allerheiligsten des Reichskanzlers allein die Entscheidung über eventuelle Truppenverstärkungen getroffen und auf das Reichsmarineamt und das Gouvernement in Kiautschau, wie man im Volksmunde zu sagen pflegt, gepfiffen? — Vermutlich wird sich nun in der „Nordd. Allg. Ztg." eine längere Unterredung zwischen dem Kanzler und dem Braunschweiger Blatt entspinnen.

— (Ein französisches Urteil über die Zeppelinluftschiffe.) Der bekannte Militärschriftsteller, General des Ruhestandes Eberfits, führt im „Gaulois" aus: Die deutschen Zeppelin-Luftkreuzer hätten dank ihrer Schnelligkeit, Bauart und Ausrüstung eine solche Ueberlegenheit, daß die französischen Flugzeuge gegen sie machtlos und daß die französischen Lenkballons den Zeppelinschiffen gegenüber als nicht existierend anzusehen seien.

— (Unterstützung bedürftiger Veteranen.) Unter dem Vorsitz des Generals der Kavallerie v. Bissing hat sich ein Reichsverband zur Unterstützung bedürftiger Veteranen und deren Angehörigen gebildet. Wie wir hören, leben allein aus den Kriegen, einschließlich des von 1870-71, durch die das Deutsche Reich geschaffen worden ist, noch 4500000 Veteranen, von denen ungefähr zwei Fünftel aus öffentlichen Mitteln vor großer Not bewahrt werden. Der Verband wendet sich mit einem besonderen Aufruf an das deutsche Volk und hat dem Deutschen Kaiser von der Errichtung des Verbandes Meldung erstattet.

Ausland.

Rom. (Deutschlands Einfluß in der Türkei.) Wenn man den Meldungen aus Konstantinopel, die in italienischen Zeitungen veröffentlicht werden, Glauben schenken darf, so ist der Einfluß Deutschlands in der Türkei im Schwinden begriffen. Der Konstantinopler Korrespondent des „Giornale d'Italia" einer Zeitung, die im allgemeinen deutschfreundlich gesinnt ist, versichert, daß Deutschlands Einfluß als nicht mehr vorhanden betrachtet werden könne. In Konstantinopel hat man in der letzten Zeit mit großer Aufmerksamkeit die Unterredungen verfolgt, die zwischen dem französischen Geschäftsträger Bompard und dem türkischen Minister des Auswärtigen stattgefunden haben. Es heißt, daß Herr Bompard von der türkischen Regierung die Konzession zur Ausbeutung der Minen und Ländereien in Kleinasien nachge-